

Reinhard Loske

Von der „Energiewende“ zur „Geldwende“

Transformationsstrategien für eine nachhaltige Geldordnung¹

Der Begriff der „Wende“ war und ist bei der Entwicklung von sozial-ökologischen Nachhaltigkeitskonzepten in Deutschland ein Schlüsselbegriff von herausragender Bedeutung. Seit Mitte der achtziger Jahre erschien hierzulande mehr als ein halbes Dutzend sehr einflussreicher Wende-Werke von ökologisch orientierten Vordenkern im deutschen Sprachraum und darüber hinaus: Die „Energiewende“ von Peter Henricke (1985), die „Landbauwende“ von Arnim Bechmann (1987), die „Chemiewende“ von Rainer Grießhammer (1992), die „Verkehrswende“ von Markus Hesse (1994), die „Waldwende“ von Wilhelm Bode (1994), die „Wasserwende“ von Thomas Kluge (1995) und die „Ressourcenwende“ von Friedrich Schmidt-Bleek (1997). All diese Werke blieben nicht in der Kritik stecken, sondern präsentierten mit einer gehörigen Portion Zuversicht und großem Gestaltungswillen nachhaltige Alternativen zum ökologisch unverträglichen Status quo.

Wirft man den Blick auf die Mutter aller ökologischen Wenden, die „Energiewende“, so lässt sich durchaus feststellen, dass sie eine starke Wirkung entfaltet hat. In den achtziger Jahren lag der Anteil der erneuerbaren Energien an der deutschen Stromerzeugung bei zwei bis drei Prozent und basierte fast ausschließlich auf kommerzieller Wasserkraft und Biomasse. Der Anteil von Wind- und Solarenergie lag nahe null. Die wenigen Anlagen, die es dennoch gab, wurden vor allem von Freaks, Tüftlern und Landkommunarden betrieben, die energieautark sein wollten, weil ihnen Atom- und Kohlekraft inklusive der monopolistischen Versorgungsstrukturen ein gewaltiges Ärgernis waren. Ihnen ging es nicht nur um das Verändern der Energieerzeugungstechnik, sondern auch um die gesellschaftlichen Grundlagen der Energiepolitik, die Verhinderung des „Atomstaats“ (Robert Jungk) und die Überführung der Energiegewinnung in dezentrale, demokratiefähige und transparente Strukturen. Von der Mehrheit der Bevölkerung wurden die erneuerbaren Energien zunächst als „Spinnerei“ gesehen und für unfähig gehalten, eine Industriegesellschaft wie die deutsche ausreichend versorgen zu können.

Heute, ein Vierteljahrhundert später, liegt der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bei 27 Prozent, Tendenz stark steigend. Windkraft und Photovoltaik stellen davon mehr als die Hälfte. Der öffentliche Zuspruch zu dieser Energiegewinnungsform ist, allen Implementierungsproblemen der nun auch offiziell so geheißenen „Energiewende“ zum Trotz, insgesamt sehr hoch. Es hat sich ein dichtes Kompetenznetzwerk in Forschung, Industrie und Handwerk gebildet. Über den fairen Wettbewerb in den Stromnetzen wacht

¹ Erweiterte Fassung des gleichnamigen Vortrages auf dem „Geldgipfel 2014: Von der Energiewende zur Geldwende“ am 2. Mai in der Universität Witten/Herdecke. Für Anregungen, Hinweise und Inspiration danke ich Lukas Beckmann (Bochum), Hans Christoph Binswanger (Sankt Gallen), Reinhard Blomert (Berlin), Joseph Huber (Halle/Saale), Helge Peukert (Erfurt) und Rudolf Wimmer (Wien).

mittlerweile eine starke Behörde, die Bundesnetzagentur. Die Anlagenbetreiber sind heute zum guten Teil Hausbesitzer, Bauern, Investorengemeinschaften und Energiegenossenschaften. Aus der Nischenenergie ist so eine Bürgerenergie, eine Mitmachenergie geworden. Die ehemaligen Energiemonopolisten stecken mit ihren nicht nachhaltigen Geschäftsmodellen auf fossil-nuklearer Basis in einer tiefen Krise und versuchen verzweifelt, in den Strudeln der „Energiewende“ nicht unterzugehen. Ob ihre derzeitigen Bestrebungen, aus der dezentralen Bürgerenergie wieder eine zentralistische Konzernenergie zu machen (Stichwort: Offshore-Windenergie), Erfolg haben werden, hängt ganz entscheidend davon ab, wie sich die politischen Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien in Zukunft darstellen werden.

Auf Platz zwei der ökologischen Wenden liegt für die meisten wohl die „Agrarwende“, von manchen auch als „Ernährungswende“ bezeichnet. Bei ihr geht es freilich nicht besonders zügig voran, vor allem, weil die Agrarpolitik nicht so eindeutig an Nachhaltigkeitszielen orientiert ist wie die Energiepolitik. Lag der Anteil der nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus bewirtschafteten Flächen an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in den neunziger Jahren noch bei zwei Prozent, stieg er bis heute auf gut 6 Prozent. Wo ehemals eher kleine Biohöfe, Bioläden und Biogenossenschaften dominierten, sind neben diesen mittlerweile auch durchaus großbetriebliche Strukturen an der Tagesordnung, insbesondere in den Neuen Bundesländern.

Nicht nur in den durchschnittlichen Betriebsgrößen der Höfe zeigt sich eine starke Tendenz zur Konzentration, sondern auch in der Distribution und im Handel: In allen großen und vielen mittelgroßen Städten finden sich heute Biosupermärkte und selbst bei den meisten Discountern werden Bioprodukte wie selbstverständlich feilgeboten, teilweise mit sehr großem Erfolg. Das weiter steigende Ernährungsbewusstsein lässt erwarten, dass diese Wachstumstendenz anhalten wird. Freilich wächst die Inlandsproduktion von ökologisch erzeugten Nahrungsmitteln nicht annähernd so stark wie die Nachfrage nach biologischen Produkten, die sich mittlerweile beim gesamten Lebensmittelumsatz auf den zweistelligen Bereich zubewegt, so dass ein relevanter Teil dieser Produkte importiert werden muss.

Etwas besser stellt sich die Bilanz der „Agrarwende“ dar, wenn auch die extensiv bewirtschafteten kleineren Höfe, oft im Nebenerwerb betrieben, mit in die positive Umweltbilanz einbezogen werden. Diese überwiegend bäuerlich-regional orientierte Landwirtschaft mit geringem oder keinem Chemikalieneinsatz, geringen Viehdichten und extensiver Weidewirtschaft ist durchaus ein bedeutender Beitrag zur Bewahrung von Landschafts- und Artenvielfalt, örtlicher Nahrungsmittelversorgung und Tierschutz. Freilich sind sowohl ökologisch als auch regional ausgerichtete Agrarbetriebe noch immer und sogar verstärkt in eine anhaltende Tendenz zur Industrialisierung, Intensivierung und Exportorientierung der Landwirtschaft eingebettet. Dabei muss hier leider auch darauf hingewiesen werden, dass der durch die Energiewende stimulierte Anbau von „Energiepflanzen“ wie Mais in riesigen Monokulturen (oft in Kombination mit Massentierhaltung) sich sehr negativ auf die Perspektiven der ökologischen Landwirtschaft,

des Grundwasserschutzes und der biologischen Vielfalt auswirkt. Vor allem durch die hohen Pachtpreise, welche die „Energiewirte“ zu zahlen bereit sind, kommt es zu einem Herausdrängen der biologisch und extensiv wirtschaftenden Höfe aus dem Bodenmarkt. Hier muss dringend ein politisches Stoppsignal gesetzt werden.

Aus dem Bereich der „Verkehrswende“ ließe sich das Herauswachsen des Radfahrens aus der Nische in fast allen großen Städten Europas anführen, vorneweg Kopenhagen und Groningen, Münster und Bremen, wo der Anteil des Radverkehrs am innerstädtischen Gesamtverkehr mittlerweile bei einem Viertel bis einem Drittel aller zurückgelegten Wege liegt und politisch starke Unterstützung findet.

Hier soll jedoch auf einen nicht so sehr im Zentrum der verkehrspolitischen Debatte stehenden Trend etwas ausführlicher eingegangen werden: Das „Car Sharing“, also die gemeinschaftliche Nutzung von Automobilen, zeigt ein ganz ähnliches Diffusionsmuster wie die Tendenz zu erneuerbaren Energien und biologischen Nahrungsmitteln. Auch hier standen am Anfang Pioniere und Vorreiter, die von der Innovationsforschung gern als „First Mover“ bezeichnet werden. Auch hier war der Ausgangspunkt die Einschätzung, dass der Status quo (die „autogerechte Stadt“ und „Freie Fahrt für freie Bürger“) nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann und es Alternativen zu entwickeln gilt. Wenn Autos gemeinschaftlich genutzt werden, so die plausible Annahme, braucht man weniger von ihnen, geht der Bedarf an Parkplätzen zurück, bleibt mehr Raum für Mensch und Natur in der Stadt. Und nicht zuletzt sinken für die Teilnehmer die Mobilitätskosten, weil sie ja nur noch für die Nutzung des Fahrzeugs zahlen müssen und nicht mehr für den Besitz. Die eher idealistischen Motive „Umweltschutz“ und „Befreiung von Wohlstandsballast“ und die eher materiellen Motive „Kostensenkung“ und „Einkommensverwendung für andere Zwecke“ konnten in dieser Idee also eine fruchtbare Beziehung eingehen.

Die absoluten Zahlen bei der Entwicklung des „Car Sharing“ sind denn auch durchaus beeindruckend. Lag die Anzahl der Nutzer solcher Angebote in den neunziger Jahren nur bei wenigen tausend, so nähern wir uns in Deutschland mit Riesenschritten der Marke von einer Million. Die Anbieter sind längst nicht mehr nur örtliche Idealisten, die etwas für die Lebensqualität in ihrer Stadt tun wollen, sondern auch die Bahn und Automobilkonzerne, die vor allem das jüngere Segment der Gesellschaft im Auge haben, in dem zwar Mobilität hoch geschätzt wird, aber der Besitz eines Fahrzeuges als Statussymbol stark an Bedeutung verloren hat. Die „First Mover“ haben sich zum Teil selbst zu leistungsfähigen Anbietern in Deutschland oder sogar darüber hinaus weiterentwickelt, sehen sich aber in hohem Maße auch rein kommerziell motivierten Anbietern gegenüber, für die nicht mehr „Verkehrsvermeidung“ im Vordergrund steht, sondern „Optionserweiterung“, nicht „Substitution“ von motorisiertem Individualverkehr, sondern „Schmackhaft machen des Autofahrens für alle zu jeder Zeit an jedem Ort“.

Auch beim „Car Sharing“ ist darauf hinzuweisen, dass es sich trotz der gewaltigen Wachstumsraten einbettet in eine nach wie vor stark am individuellen Automobilbesitz ausgerichtete Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur. Dazu nur eine Zahl: Der knappen

Millionen an „Car Sharing“-Nutzern stehen in Deutschland etwa 50 Millionen angemeldete Automobile gegenüber.

Überhaupt lässt sich ohne Übertreibung sagen, dass die erfreulichen Veränderungen in Sachen sozial-ökologischer Wandel im Verhältnis zu den Erfordernissen, die uns die Umweltwissenschaft immer wieder vor Augen führt, durchaus bescheiden, um nicht zu sagen kläglich wirken. Wo es um eine schnellstmögliche Reduktion der klimaverändernden Spurengasemissionen um 90 Prozent geht, um eine Verkleinerung unseres gesamten „ökologischen Fußabdrucks“ um zwei Drittel und um eine Verbesserung der Ressourceneffizienz um einen Faktor 10, wirkt vieles von dem, was wir heute tun, doch eher als symbolische Politik. Friedrich Schmidt-Bleek hat in seinem jüngst erschienenen Buch „Grüne Lügen“ (2014) noch einmal in dankenswerter Klarheit auf diesen Sachverhalt hingewiesen.

Diffusionsmuster der sozial-ökologischen Wenden: Aus der Nische in die „Mitte der Gesellschaft“

Belassen wir es zunächst bei der kurzen Betrachtung dieser Wenden und stellen uns nun die Frage, welche Muster beim Herauswachsen sozial und ökologisch wünschenswerter Praktiken aus der Nische in den gesellschaftlichen Hauptstrom zu erkennen sind. Fünf solcher Muster scheinen mir offenkundig:

Muster 1: Die Negation des „Falschen“

Der Wille zum sozial-ökologischen Wandel erwächst zumeist aus der Negation des „Falschen“ oder des als „falsch“ Empfundenen. Aus der Ablehnung von Atomkraftgefahren und Luftverschmutzung, Kohlebergbau und Klimawandel, monopolistischer Machtballung und staatlicher Verfilzung mit der großen Energiewirtschaft entstand die „Energiewende“, aus der Kritik an Massentierhaltung und Tierquälerei, Grundwasserbelastung und Landschaftszerstörung, Höfe-Sterben und Wachstumspolitik die „Agrarwende“, aus der Kritik an Pestizidrückständen in pflanzlichen Nahrungsmitteln und Antibiotika in der Tiermast, Ozonloch und Grundwasserkontamination, Wegwerfkultur und Müllverbrennung die „Chemiewende“. Es ist töricht, wenn manchmal festgestellt wird, das „Dagegen sein“ sei ja keine Lösung der Probleme. Nein, eine Lösung ist es nicht. Aber die Negation und das Leiden an den „Verhältnissen“ sind ganz offensichtlich Voraussetzungen für die Bereitschaft zum Umdenken und zum Umlenken. Und es muss hinzugefügt werden, dass Großkatastrophen offenbar als zu bedauernde Beschleuniger des Wandels wirken: Tschernobyl und Fukushima für die „Energiewende“, BSE-Krise und Ekelfleischskandale für die „Agrarwende“, die Giftkatastrophen von Seveso und Bhopal für die „Chemiewende“.

Muster 2: Die Entwicklung von Alternativen in der „Nische“

Wahr ist aber auch, dass das bloße „Dagegen sein“ noch keine transformative Kraft entwickelt. Es braucht mutige Pioniere und Vorreiter, die das Alte in Frage stellen und Alternativen entwickeln, sei es in der Theorie oder in der Praxis, im Labor oder im Feld, in

Forschungsprogrammen oder Lehrplänen, im eigenen Leben oder in der Politik, allein oder in der Gemeinschaft mit anderen. Man kann es bezogen auf die „Energiewende“ vielleicht so ausdrücken: Ohne die Freaks, Tüftler und Landkommunarden, ohne die Pioniere in Forschung, Handwerk und Industrie, ohne visionäre Politiker oder Parteien wären die Alternativen nicht verfügbar gewesen, als sich das Fenster der Möglichkeiten für eine „Energiewende“ in Deutschland öffnete, zuerst einen Spalt weit (nach Tschernobyl 1986), dann ein wenig mehr (nach dem Regierungswechsel zu Rot-grün 1998) und schließlich sperrangelweit (nach Fukushima 2011). Die Lehre lautet eindeutig: Ohne das über zwei Jahrzehnte währende Vordenken, Vorarbeiten und Vorbereiten wäre die „Energiewende“ im „Wollen“ hängengeblieben. Es geht aber ebenso sehr um das „Können“.

Muster 3: Politischer Wandel braucht Pioniere, Ausbreitung braucht Reformpolitik

Zivilgesellschaftliches Engagement und das Setzen von staatlichen Rahmenbedingungen können sich wechselseitig befruchten und ergänzen. Für die „Energiewende“ etwa gilt: Ohne Pioniere und ihre Erfolge keine politische Bereitschaft zur Einführung des „Stromeinspeisungsgesetzes“ (1991) und des „Erneuerbare Energien-Gesetzes“, EEG (1999); ohne EEG und seine sehr attraktiven Bedingungen kein massenhafter Umstieg auf Erneuerbare Energien. Es ist also falsch, das vor allem auf der politischen Linken populäre Weltbild zu kultivieren, „Lebensstilwandel“ und „Wertewandel“ seien bürgerlicher Voluntarismus, der nichts ändere, es gehe vielmehr einzig um „Politikwandel“. Und ebenso falsch ist die irrigerweise als liberal bezeichnete Haltung, die Politik solle sich aus all dem heraushalten und die Entwicklung dem Markt überlassen, der es schon richten werde. Nein, die Lehre aus der Analyse der verschiedenen Wenden ist eindeutig: Bewusstseinswandel in einem hinreichend großen Segment der Gesellschaft ist die Voraussetzung für Politikwandel und Politikwandel ist die Voraussetzung dafür, dass es zu einem Herausführen ökologisch erwünschter Praktiken aus der Nische in die Mitte der Gesellschaft kommen kann.

Allerdings gilt auch: Politik kann nicht nur richtig, sondern auch falsch eingreifen, nicht nur zu spät, sondern auch zu früh. Auch hier bietet die Energiepolitik wieder Anschauungsmaterial: Als die erneuerbaren Energien in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren noch in den Kinderschuhen steckten, man auf der Lernkurve also noch ganz unten war und es politisch eher um die Förderung von möglichst breit angelegter Forschung, allmählicher Diffusion und wechselseitigem Lernen gegangen wäre, glaubte der Staat – in diesem Fall die Bundesregierung – „ganz groß“ einsteigen zu müssen und finanzierte den Bau einer für die damalige Zeit riesigen Windkraftanlage im Kaiser-Wilhelm-Koog bei Marne. Als der „Growian“ (Große Windenergieanlage) 1983 seinen Betrieb aufnahm (Planungsbeginn war 1976 gewesen) war angesichts der technischen Daten (100 m Nabenhöhe; 100 m Flügeldurchmesser; 3 Megawatt Leistung) schnell von „Weltrekord“ und „Zukunftshoffnung“ die Rede. Es kam freilich ganz anders: „Growian“ musste wegen permanenter technischer Probleme sehr bald wieder abgebaut werden und galt als teurer „Flop“. Im Rückblick lässt sich sagen: „Growian“, eines der Lieblingsprojekte sozialdemokratischer Industriepolitik der siebziger Jahre, das ganz und gar im zentralistischen Steuerungsoptimismus wurzelte, hat die

Entwicklung der erneuerbaren Energien nicht vorangebracht, sondern eher zurückgeworfen. Heute wissen wir: „Think big“ ist bei Technologien, Verfahren und Institutionen der Nachhaltigkeit ganz sicher nicht die richtige Denkweise. Bei seinen späteren Interventionen, vor allem beim EEG, hat der Staat dies denn auch eingesehen und sich beim Markt-Design für die erneuerbaren Energien eher an den Prinzipien Dezentralität, Teilhabe, Zugang und Vernetzung ausgerichtet. Diese Orientierung ist aber gegenwärtig wieder Gegenstand von politischen Kontroversen und es scheint keineswegs ausgeschlossen, dass sich beim Ausbau der erneuerbaren Energien wieder industriepolitische Motive in den Vordergrund drängen.

Muster 4: Soziale Bewegungen als treibende Kraft

Ganz wichtig für den Erfolg der verschiedenen Wenden ist, dass sie von sozialen Bewegungen getragen werden, die eine (mindestens ungefähre) gemeinsame Vorstellung und Vision von nachhaltiger Energieversorgung, nachhaltiger Landwirtschaft oder nachhaltiger Verkehrsentwicklung haben. Sicher, es kann unterschiedliche Motivlagen geben. Wer die „Energiewende“ will, kann über die Energieautonomie, das Energiesparen, die erneuerbaren Energien oder den Klimaschutz kommen. Wer die „Agrarwende“ will, kann vom Wunsch nach gesunder Ernährung, Natur- oder Tierschutz angetrieben sein. Und wer sich für die „Verkehrswende“ einsetzt, kann dafür vom Lärmschutz über den Klimaschutz bis zur Verkehrsberuhigung unterschiedlichste Motive haben. Unverzichtbar ist aber, dass es ein einigendes Band gibt und gemeinsame Grundorientierungen. Dabei schließen sich (relative) Homogenität in den Zielen und Heterogenität in den Motivlagen keineswegs aus. Am stärksten sind die Wenden dort, wo sich idealistische Motive („Das Klima für zukünftige Generationen schützen!“) mit sozialen („Gemeinsam für das Richtige streiten!“) und ökonomischen Motiven („Neue Geschäftsfelder durch Energiewende und Klimaschutz“) verbinden können, wo nicht nur „Betroffeneninteressen“ („Vermeidung von Naturzerstörung“), sondern auch „Helferinteressen“ („ökologischer Landbau“) vorliegen, wo es nicht nur um „Wollen“ („Schluss mit der Atomkraft!“), sondern auch um „Können“ („Her mit Einspartechnik, Sonnen- und Windkraft!“) geht.

Muster 5: Erfolgreiche Diffusion bei Substanzverlust durch „Mainstreaming“

Dass die Ursprungsideen der Pioniere und Vorreiter der diversen Wende-Konzepte von möglichst vielen aufgegriffen und umgesetzt werden, ist das erklärte Ziel der Wendeprotagonisten. Wahr ist aber auch, dass die Ideen und ihre Umsetzung sich im Prozess des Herauswachsens aus der Nische in den Mainstream ändern können. Das ist so lange nicht kritisch wie es nicht zu Umdeutungen, Usurpationen oder gar Persionen kommt. Schaut man sich die meisten der hier diskutierten Wenden an, so lässt sich ziemlich klar nachzeichnen, dass sie primär sozial-ökologisch inspiriert sind, dass es zwar in erster Linie um ökologische Ziele geht, aber auch um Fragen der sozialen und politischen Teilhabe und der Einbettung der Ökonomie in gesellschaftliche Ziele. Es handelt sich also um eine „Ganzheit“. Diese auseinanderzureißen und einzelne Aspekte zu isolieren und anschließend zu überhöhen sollte mit äußerstem Argwohn betrachtet werden. Als solche „Vereinseitigungen“ müssen vor allem das Beschwören von „grünem Kapitalismus“ und „grünem Wachstum“

gelten, die die Frage nach sozialer Einhegung und Einbettung der Ökonomie systematisch ausblenden. Sicher, der Kapitalismus ist ein intelligentes Biest und über seine Anpassungs- und Transformationsfähigkeit ist noch nicht endgültig entschieden, aber die Gesellschaft sollte schon darauf achten, dass die sozial-ökologischen Wendekonzepte nicht gekapert werden und unter der Hand zur bloßen Frischzellenkur für die überkommene Wachstumsideologie mutieren. „Greening“ und „Greenwashing“ sind zwei sehr verschiedene Dinge!

Lassen sich aus den ökologischen Wenden Lehren ziehen für eine „Geldwende“?

Kommen wir nun zur Frage der „Geldwende“, also dem Versuch, Geld zunehmend in den Dienst sozial-ökologischer Ziele zu stellen oder gar eine neue und nachhaltigkeitsorientierte Geld- und Finanzordnung zu schaffen. Lassen sich die beschriebenen Muster der diversen Wenden auf eine mögliche „Geldwende“ übertragen? Gehen wir die erkannten Muster im Einzelnen durch:

Mustervergleich 1: „Geld regiert die Welt. Nein Danke!“

Die „Negation“ der Finanzwirtschaft und ihrer Praktiken ist in weiten Teilen der Bevölkerung heute sehr stark. Das reicht vom Unverständnis über maßlose Bonuszahlungen für Banker über die Kritik an der Verwendung von Steuerzahlermitteln für die Bankenrettung bis zu dem weit verbreiteten Urteil, längst sei die Finanzwirtschaft keine Dienerin der Realwirtschaft mehr, sondern habe sich verselbstständigt. Diese Sichtweisen haben sich seit der Finanzkrise von 2008 stark verfestigt, so dass sich mit gewissem Recht die Analogie herstellen lässt, der Zusammenbruch von „Lehman Brothers“ und „Hypo Real Estate“ sei für das Ansehen der Finanzwirtschaft das Gleiche wie „Tschernobyl“ und „Fukushima“ für das Ansehen der Energiewirtschaft. Und dass auf dem Höhepunkt der Finanzkrise häufig die Analogie bemüht wurde, wir stünden vor einer „Kernschmelze“ des Finanzsystems ist gewiss auch kein Zufall. Vor allem im ökologisch sensibilisierten Teil der Bevölkerung herrscht ein sehr großer Missmut darüber, dass die notwendigen Gelder für Aufgaben wie Klima-, Biodiversitäts-, Regenwald- oder Meeresschutz nicht bereitgestellt werden, während die Bankenrettung als „systemrelevante“ Aufgabe Unsummen verschlungen hat und noch verschlingt: „Wäre das Klima eine Bank“, so hieß es jüngst auf einer Energiewende-Kundgebung, „dann wäre es längst gerettet!“.

Mustervergleich 2: Starker Akzeptanzzuwachs beim sozial-ökologischen Nischen-Banking

Im Bankensektor haben sich aber auch erste keimhafte Alternativen zum Status quo entwickelt. Verschiedene sozial-ökologisch orientierte Banken sind seit geraumer Zeit dabei, eine anderer Form des „Bankings“ zu etablieren, in dessen Zentrum nicht maximale Renditeorientierung für Bank und Kunden steht, sondern Kriterien wie sozial-ökologische Wirksamkeit, Stakeholder-Orientierung (Gleichgewichtige Ausrichtung auf Anteilseigner, Kunden, Mitarbeiter, „Nachbarschaft“, Gesamtgesellschaft), Transparenz, Kundenbeteiligung und Anlagesicherheit bei niedriger Verzinsung. Wenngleich der Marktanteil dieser sozial-ökologisch und ethisch orientierten Banken nach wie vor sehr gering ist, so erleben sie doch

seit der Finanzkrise einen extrem starken Zulauf. Ihre reale Bedeutung geht weit über die ihrer eigenen Bilanzsummen hinaus, da sich ihre Praxis zunehmend zum Bezugspunkt für andere Banken entwickelt, vor allem für andere Stakeholder-Banken wie Genossenschaftsbanken oder Sparkassen, aber auch für große Universalbanken. Ein interessanter Aspekt bei der Entwicklung von Alternativen zum traditionellen Bankensystem ist auch die Zunahme des „Crowd Fundings“, bei dem es (unter Umgehung von Banken) zu zahlreichen direkten Kreditverhältnissen zur Finanzierung von Projekten kommt.

Mustervergleich 3: Bislang kaum politische Förderung von werteorientiertem Banking

Die treibenden Kräfte hinter dem Wachstum des sozial-ökologischen, werteorientierten oder ethischen Bankings sowie der sozial-ökologischen Investitionstätigkeit sind heute zum einen die entsprechend orientierten Banken mit ihren „grünen“ Geschäftsstrategien und zum anderen die wachsende Zahl von Menschen, die ihr Geld sinnvoll und gesellschaftlich nützlich anlegen wollen. Dass der Staat durch entsprechende Rahmensetzung versuchen würde, nachhaltiges Banking oder ethisches Investment in besonderer Weise zu fördern, kann man bislang nicht oder doch kaum sagen. Die bei der „Energiewende“ zu beobachtende Abfolge:

Gesellschaftlicher Bewusstseinswandel aus dem Geiste der Kritik am Bestehenden („Negation des Falschen“) → Entwicklung von alternativer Pionierpraxis in der Nische („First Mover“) → Langsame Diffusion der neuen Praxis und wechselseitiges Lernen („Early Follower“) → Schaffung politisch förderlicher Rahmenbedingung zur Verbreitung der erwünschten Praxis → Massenhafte Diffusion der neuen Praxis in unterschiedlicher Geschwindigkeit („Early Adapter“ und „Late Adapter“) → Veränderte Praxis als neuer „Mainstream“,

kann in Sachen nachhaltiges Banking einstweilen nicht konstatiert werden. Um in der Analogie zur „Energiewende“ zu bleiben: Ein EEG für „gutes Geld“ beziehungsweise „gut eingesetztes Geld“ gibt es bislang nicht. Um hinreichend hohen politischen Handlungsdruck zu erzeugen, fragen (sich) offenbar noch nicht genug Menschen: „Was macht die Bank eigentlich mit meinem Geld? Und ist es eigentlich in Ordnung, dass private Geschäftsbanken fast unbegrenzt Geld in die Welt bringen können?“.

In der typisierten Abfolge befinden wir uns als Gesellschaft deshalb bislang bestenfalls auf dem dritten Level („Langsame Diffusion und wechselseitiges Lernen“). Der nächste Schritt, die Schaffung förderlicher politischer Rahmenbedingungen für einen an Nachhaltigkeitszielen orientierten Einsatz von Geld, steht noch aus. Solche Rahmenbedingungen präzise zu formulieren wäre denn auch eine politische Aufgabe erster Ordnung für eine neue soziale Bewegung, die sich für eine neue Geldordnung oder den besseren Einsatz von Geld engagiert.

Sagen lässt sich an dieser Stelle einstweilen aber soviel: Bei der „Bankenrettung“ und der europäischen „Bankenunion“ spielen Nachhaltigkeitsüberlegungen bislang praktisch keine Rolle. Selbst wenn man anerkennt, dass erste zaghafte Schritte zur Bankenregulierung unternommen wurden, etwa zur Eigenkapitalausstattung der Banken, zur Aufsicht über die Banken oder zu Begrenzung besonders riskanter Bankgeschäfte, so kann dies doch keineswegs als ausreichend gelten, um zukünftige Krisen zu vermeiden.

Für die sozial-ökologisch und ethisch orientierten Banken besteht sogar die Gefahr, dass die europäische Bankenregulierung ihnen das Leben eher schwerer als leichter macht. Das europäische Aufsichtsmodell sieht ausgerechnet die EZB als zentrale Bankenaufseherin vor, die gleiche EZB, die mit ihrer exzessiven Geldmengenaufblähung momentan dabei ist, die nächsten Blasenbildungen zu provozieren. Ihr regulatives Denken und Handeln richtet sich an den konventionellen Banken aus, vor allem an den großen Universalbanken. Diesen mögen die sich abzeichnenden Berichtspflichten zu allen möglichen Details keine sonderliche Mühe bereiten, schließlich sind sie kapitalkräftig und renditestark genug, um die entsprechenden Abteilungen aus Juristen, Ökonomen und Controllern vorzuhalten. Für die sozial-ökologisch und ethisch orientierten Banken mit ihrem völlig anderen Geschäftsmodell sieht das schon weit weniger erfreulich aus (wie übrigens auch für Volksbanken und Sparkassen). Es bleibt zu hoffen, dass die europäische Bankenregulierung für die „Geldwende“ nicht zu dem wird, was der „Growian“ für die Energiewende war: ein auf zentralistisches Denken zurückzuführender Irrweg. Sollte sich die „Europäische Bankenunion“ aber tatsächlich als solcher erweisen, dürfte ihre „Rückabwicklung“ sich als ungleich schwerer erweisen als die bloße Stilllegung von „Growian“.

Mustervergleich 4: Ein einigendes Band für die „Geldwende“?

Die Frage, ob es ein einigendes Band für die Protagonisten einer möglichen Bewegung für eine „Geldwende“ gibt, ist gewissermaßen die Gretchenfrage. Weiter hinten werde ich zeigen, dass die Antwort auf diese Frage noch offen ist. Einerseits besteht zwar ein klar ersichtlicher Konsens darüber, dass Geld als Gestaltungsmittel für (gute) gesellschaftliche Zwecke in Dienst genommen werden soll. Auf der anderen Seite muss aber konstatiert werden, dass vieles von dem, was sich heute unter der Überschrift einer „alternativen Geldordnung“ versammelt, nicht aufeinander bezogen oder gar konsistent ist. Die Spannweite derjenigen, die über eine neue Ordnung des Geldes und des Finanzwesens nachdenken, kann als sehr weit gelten. Im Grunde reicht sie von Wirtschaftspragmatikern, die „grüne Investments“ attraktiv machen wollen, über Regulierungsoptimisten, die den „Primat des Politischen“ in der Geld(mengen)steuerung zurückerobern wollen, bis in die Nachbarschaft zur Esoterik, wo dem Geld beinahe mystische Eigenschaften zugeschrieben werden.

Die Frage, ob ein einigendes und „stimmiges“ Band für die Protagonisten einer nachhaltigen Geldordnung existiert, ist auch deshalb von so zentraler Bedeutung, weil „die Menschen“ beim Thema Geld besonders sensibel (manche sagen auch: konservativ) reagieren – nicht nur in Deutschland mit seinen historischen Inflationsängsten. Man muss nicht die Phrase

bemühen, dass beim Gelde die Freundschaft (oder der Einsatz für das „Gute“) aufhört, um zu erkennen, dass da, wo Aspekte des Vermögens, der Ersparnisse oder der Altersvorsorge berührt sind, Alternativentwürfe zum Status quo besonders präzise sein müssen, weil sie ansonsten von Beginn an auf Ablehnung bei der Mehrheit der Bevölkerung stoßen und leicht denunziert werden können.

Mustervergleich 5: Zunehmende Ausbreitung der wertorientierten Banking-Konzepte bei starker Tendenz zu „Greenwashing“-Rhetorik

Was die tatsächliche Übernahme der Ideen des sozial-ökologischen Bankings und der ethischen Geldanlagen durch die konventionellen Banken betrifft, so besteht darin ohne Zweifel großer Sinn, denn es geht ja gerade darum, diese Ideen aus der Nische herauszuführen. Auch hier muss freilich, wie auch bei den zuvor beschriebenen Wendungen, darauf geachtet werden, dass es im Zuge solcher wünschenswerten „Ideenübernahmen“ nicht zu Umdeutungen, Verwässerungen oder gar Missbräuchen kommt. Wenn etwa versucht wird, ökologisch fragwürdigen Praktiken wie der Gewinnung von Palmöl, der Errichtung forstlicher Monokulturen zu Lasten von Primärwäldern, dem Bau großer Wasserkraftwerke oder der Erzeugung von Bioenergie aus Massentierhaltung ein „grünes“ Label aufzukleben und hierfür mit horrenden Renditen geworben wird, dann sollten bei den Nachhaltigkeitsprotagonisten die Alarmglocken schrillen. Auch wenn Sparkassen und Volksbanken, im Grundsatz gewiss wichtige Akteure für „Stakeholder Banking“, argumentieren, ihre Bindung an Genossen, Kommunen oder örtliche Wirtschaft sei quasi ein automatischer Garant für gutes Banking und nachhaltige Geschäftsmodelle, sollte kritisch hingeschaut werden. Leider klaffen Worte und Taten hier oft auseinander. Das gilt erst recht für die großen Geschäftsbanken, die gern von „Kulturwandel“ und „nachhaltigem Wachstum“ reden, aber von der Nahrungsmittel- und Bodenspekulation bis zur Propagierung unverantwortlich hoher Renditeerwartungen und dem so induzierten Wachstumsdruck auf die Realwirtschaft so ziemlich alles vorführen, was den Namen Nachhaltigkeit nicht verdient. Von großer Bedeutung für die Aufdeckung von „Greenwashing“-Praktiken sind unabhängige Beobachter und regelmäßige Berichterstattungen. Für ihre begrenzten Möglichkeiten leisten NGOs wie „Financ-watch“, „Foodwatch“, „Urgewald“, „Transparency International“ oder die Verbraucherzentralen schon heute eine ganze Menge, auch wenn ihre eigene Praxis gelegentlich selbst nicht ganz widerspruchsfrei ist (etwa wenn die Verbraucherzentralen die von ihnen Beratenen auf Renditeausrichtung trimmen und gleichzeitig riskante Bankpraktiken anprangern). Für die unabhängige „Bankenbeobachtung“ sollten Steuermittel bereitgestellt werden, um hier „Wettbewerbsfairness“ im Dienste der öffentlichen Interessen herzustellen.

Zwischenfazit: Der Vergleich der Ausbreitungsmuster der diversen ökologischen Wendungen und des nachhaltigen Einsatzes von Geld zeigt also durchaus Parallelen und Ähnlichkeiten. Kurz gesagt: Es gibt eine relevante Kritik am Geld- und Finanzsystem; es gibt die Entwicklung von Alternativen durch sozial-ökologisch orientierte Banken und eine wachsende Zahl sozial-ökologisch orientierter Geldanleger und Kreditnehmer; es gibt eine Tendenz zur Ausbreitung

dieser Entwicklungen, freilich ausgehend von einem noch sehr niedrigem Niveau; es gibt die Tendenz „etablierter“ Banken, die nachhaltigen und mit hoher gesellschaftlicher Anerkennung bedachten Geschäftsmodelle der sozial-ökologisch orientierten Banken nachzuahmen, allerdings bei gleichzeitigem Hang zur Verwässerung derselben. Was bislang fehlt, ist die Schaffung politisch förderlicher Rahmenbedingungen für eine nachhaltigkeitsorientierte Geldordnung.

Konturen einer „Geldwende“: Gibt es ein einigendes Band?

Bleibt die Frage, was eine „Geldwende“ auszeichnen könnte und welche Ideen, Orientierungen und Konzepte die Protagonisten einer solchen Wende denn zusammenhalten. Ich sehe bei denjenigen, die sich für einen sozial-ökologisch verantwortlichen Umgang mit Geld oder (weitergehend) für eine neue Geldordnung einsetzen, bei Unterschieden im Detail im Großen folgende Gemeinsamkeiten:

- (1) Geld wird als soziales und ökologisches Gestaltungsmittel gesehen, mit dem man in der realen Welt das „Richtige“ ermöglichen, also transformative Kraft entwickeln kann. Geld soll Mittel zum Zweck sein, nicht Selbstzweck. Sein „Selbstlauf“ ist deshalb zu begrenzen oder besser noch zu beenden. So soll etwa die „Volatilität“ von Geldgeschäften, die einzig der spekulativen Renditeerzielung dienen, durch Instrumente wie die Finanztransaktionssteuer begrenzt werden. Notwendig ist die gemeinwohlorientierte Wiedereinbettung der Geldwirtschaft in Gesamtwirtschaft und Gesamtgesellschaft.
- (2) Geld ist mit Demokratie und Verfassung zu verbinden: Es soll Gestaltungsmittel in den Händen vieler, nicht Machtmittel in den Händen weniger sein, es soll Zugänge zur Teilhabe schaffen, nicht Ausschlüsse produzieren. Die demokratiefeindliche Konzentration des Geldes bzw. der Geldvermögen soll durch Steuergerechtigkeit abgebaut werden. Fragen der Zugangsgerechtigkeit sollen einen größeren Stellenwert einnehmen.
- (3) Im Umgang mit Geld soll größtmögliche Transparenz herrschen. Ziel ist es, dass die Bank auf die Kundenfrage, „Was machst Du eigentlich mit meinem Geld?“, zukünftig Rechenschaft ablegen kann und muss. Umgekehrt ausgedrückt: Die Kunden sollen ihrer Bank sagen können (oder dies im Gespräch mit der Bank entwickeln können), wofür sie ihr eingelegtes Geld verwendet sehen möchten, mindestens von der Grundausrichtung her. Die Anleger sollen erkennen können, welche gesellschaftliche Wirksamkeit ihr Geld entfaltet. Zertifizierungssysteme und unabhängige Risikoabschätzungen soll es in Zukunft nicht nur für Medikamente, Nahrungsmittel und Technologien geben, sondern auch für „Finanzprodukte“.
- (4) Geld soll vom Meister zum Diener der Gesellschaft und der Realwirtschaft werden, einer nachhaltig operierenden Gesellschaft und einer nachhaltig operierenden Wirtschaft. Die heute verbal von allen geteilte Forderung, die Finanzwirtschaft müsse für die Realwirtschaft (wieder) in Dienst genommen werden, wird als „halbierte

Wahrheit“ verstanden, solange nicht in gleicher Intensität an der Transformation der Wachstumswirtschaft in eine nachhaltige Wirtschaft gearbeitet wird. Entsprechend sollen bei der Kreditvergabe neben den traditionellen Bonitätskriterien auch Kriterien angelegt werden wie „gesellschaftlicher Nutzen“ oder „Nutzen für den Naturhaushalt“.

- (5) Geldhäuser sollen eher dezentrale und kundennahe und nicht anonyme, intransparente und durch ihre schiere Größe mächtige Institutionen sein. Obergrenzen für die Größe von Banken werden für notwendig gehalten, um im Krisenfall das „too big to fail“-Problem gar nicht erst entstehen zu lassen und so die Steuerzahler zu schonen. Mit anderen Worten: Im Bankensektor dürfen auch die proaktive Auflösung von Banken durch den Staat, Entflechtungen und Insolvenzen kein Tabu sein. Vor allem die Trennung von (eher „langweiligem“) Privatkundengeschäft und (oft riskantem) Investmentbanking wird von vielen als zwingend notwendig betrachtet.
- (6) Geld soll auch eine soziale Dimension haben und mit Überlegungen zur gesellschaftlichen Teilhabe verbunden werden, etwa mit denjenigen zum Bürgergeld bzw. zum bedingungslosen Grundeinkommen oder zur Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktivkapital. Diesen Zusammenhang halten freilich nicht alle Protagonisten einer nachhaltig ausgerichteten Geld- und Finanzordnung für zwingend. Vor allem eher marxistisch orientierte Kritiker der kapitalistischen Ordnung argumentieren, deren destruktive Triebkräfte (Kapitalakkumulation, Wachstumszwang, Profitorientierung, Ungleichheit etc.) seien nicht durch reformistische Teilkorrekturen wie das Bürgergeld oder die Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivvermögen außer Kraft zu setzen, sondern nur durch eine „Vergesellschaftung“ der Produktionsmittel und Instrumente wie „Investitionslenkung“ und „Kapitalverkehrskontrollen“.
- (7) Die Schöpfung des Geldes, die heute ganz überwiegend über die (Kreditvergabe der) Geschäftsbanken stattfindet, soll neu gestaltet werden, um sie (wieder) besser steuern zu können. Die in diesem Zusammenhang diskutierten Ansätze, etwa die Vollgeldreform oder das 100%-Mindestreserve-Konzept („100% Money“), sind derzeit ganz oben auf der Agenda der kritischen Gelddebatte, freilich ohne dass es schon zu einem Konsens über die angemessene Form der Rückkopplung der „Geldproduktion“ an öffentliche Interessen gekommen wäre. Die Geldschöpfungsfrage ist aus sozial-ökologischer Perspektive deshalb so bedeutend, weil die Schrankenlosigkeit der privaten „Geldvermehrung aus dem Nichts“ nicht nur Inflationsgefahren und „Fehlinvestitionen“ heraufbeschwört, sondern (über den Zins- und Zinseszinsmechanismus) auch einen ungemeinen Wachstumsdruck auf die Realwirtschaft ausübt und somit erhebliche Negativfolgen für die natürlichen Lebensgrundlagen nach sich zieht.

- (8) Komplementärwährungen wie das Regionalgeld werden von ihren Protagonisten für bedeutsame Instrumente zur Stärkung regionaler Binnenökonomien gehalten, was auch positive sozial-ökologische Effekte zur Folge habe (Schließung regionaler Produktions- und Verantwortungskreisläufe, verringerte Transportbedarfe, De-Globalisierung, verbesserte Resilienz etc.). Andere sehen solche Regionalexperimente als zwar interessanten, aber in der Summe wenig wirksamen Ansatz für eine neue Geldordnung, halten ihn mindestens einstweilen gewissermaßen für eine „Nische in der Nische“.
- (9) Spekulativer Umgang mit Land und Nahrungsmitteln wird für unmoralisch gehalten und soll durch angemessene Regulierung begrenzt werden. Das bloße Werten auf zukünftige Nahrungsmittelpreise etwa soll untersagt oder stark eingeschränkt werden; Immobilienpreiszuwächse sollen gedeckelt und als „leistungsloses Einkommen“ steuerlich ganz oder teilweise abgeschöpft werden. Im Raum steht auch der Vorschlag, das Eigentum an Boden in der Verfassung eines Landes zukünftig nicht nur einer „Sozialpflichtigkeit“, sondern auch einer „Umweltpflichtigkeit“ zu unterwerfen, was dem spekulativen Umgang mit Land eine deutliche Grenze setzen würde.
- (10) Zur Wiederherstellung staatlicher Handlungsfähigkeit und zur Förderung von gesellschaftlichem Zusammenhalt werden auch partielle Schuldenstreichungen als prinzipiell vernünftig betrachtet, vor allem da, wo sich auf der Schuldnerseite Schwache (zum Beispiel „Entwicklungsländer“) und auf der Gläubigerseite Starke finden (zum Beispiel Großbanken). Das Konzept, Schuldenstreichungen an die Einhaltung ökologischer Ziele zu binden („Debt-for-nature swaps“), wie es von US-amerikanischen und europäischen Umweltorganisationen während der lateinamerikanischen Schuldenkrise der 80er Jahre entwickelt wurde, ist bis heute freilich in den Kinderschuhen steckengeblieben.

Fazit: In der kritischen und nachhaltigkeitsorientierten „Geld- und Finanzcommunity“ existiert zweifellos ein großer Fundus an gemeinsamen Wertvorstellungen bezüglich einer Ordnung, in der Geld eine dienende, nicht herrschende Rolle einnehmen soll. Ob dieser Vorrat freilich groß genug ist, um aus Protagonisten von Geldschöpfungsreform und Komplementärwährungen, werteorientiertem Banking und Ethikinvestment, Bürgergeld und Regionalgeld, Energie- und Bodengenossenschaften, ökologischer Wachstumskritik und wirksamer Bankenregulierung, internationaler Klimaschutzfinanzierung und Schuldenstreichung für Schwache ein „Ganzes“ entstehen zu lassen, das sich als „alternative Geldbewegung“ bezeichnen ließe, oder ob es nicht doch eher so ist, dass die entsprechenden Initiativen und Menschen Teil einer größeren Bewegung in Richtung Nachhaltigkeit, Teilhabe und Gerechtigkeit sind, die „Geldfrage“ also immer nur als eingebetteter Teilaspekt umfassenderer Überlegungen und Ziele relevant wird, da scheint mir ein abschließendes Urteil noch nicht möglich zu sein.

Was tun, um „richtiges Geldbewusstsein“ zu schaffen?

Ich möchte abschließend ein paar Vorschläge machen, wie kritisches Denken in Sachen Geld aus einer Nachhaltigkeitsperspektive befördert werden kann, wobei ich betonen will, dass dieser kleine Katalog keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhebt:

Den „Geldschleier“ lüften: Ausbildung von „Geldkompetenz“ fördern!

Zu beginnen ist an den Quellen der vermittelten ökonomischen Lehre: In der ökonomischen Bildung an Schulen und Hochschulen muss der „Geldschleier“ gelüftet werden, also die von der vorherrschenden ökonomischen Theorie propagierte Einschätzung, das bestehende Geldsystem bedürfe keiner Reform und der aufgeblähte Finanzsektor keiner Schrumpfkur. Die systematische und letztlich interessengeleitete Ausblendung solcher Fragen in den Ökonomielehrbüchern von Schulen und Hochschulen ist ein großes Hindernis für das bessere Verständnis des Geldes im „Guten“ (als dienendes Gestaltungsmittel) wie im „Schlechten“ (als machtbesetztes Herrschaftsmittel). Eine sehr wichtige Aufgabe ist es deshalb, schulische und universitäre Lehrpläne und Lehrbücher so umzugestalten, dass auch grundsätzliche Aspekte und Neuordnungsfragen zur Geltung kommen. Es ist sehr erfreulich, dass sich studentische Initiativen wie das „Netzwerk Plurale Ökonomik“ für entsprechende Vielfalt in der Lehre einsetzen und diese von den Hochschulleitungen und Fakultäten einfordern. Freilich sollte man sich keine Illusionen über die zu erwartenden Widerstände machen, denn diejenigen, die die Quellen des (vermittelten) ökonomischen Wissens heute speisen, handeln sehr bewusst, sind bestens organisiert und vor allem sehr einflussreich.

Berichterstattung ändern: Über „gelingendes Wirtschaften“ statt über Aktienkurse reden!

Es stört unglaublich viele Menschen, dass allabendlich vor und in den öffentlich-rechtlichen Fernsehnachrichten ausschweifend über die aktuellsten Entwicklungen der Aktienkurse berichtet wird, obwohl in Deutschland nur sechs Prozent der Bevölkerung Aktien halten. So wird insinuiert, dass das Auf und Ab von DAX und Dow Jones Index für uns alle die gleiche Relevanz habe wie der Wettbericht, der über ein dynamisches Naturphänomen informiert. Wie wäre es, wenn wir Fernsehgebührenzahler uns alle gemeinsam im Rahmen einer Petition dafür einsetzten, die Aktienberichterstattung vor und in den Nachrichten zu beenden oder mindestens auf das Niveau der Lottozahlenvermeldung zurückzuschrauben? Und wie wäre es, wenn die so gewonnenen Minuten allabendlich gefüllt würden durch kurze Berichte über „gelingendes Wirtschaften“? Ich glaube, eine solche Initiative wäre eine gute Gelegenheit, der Allgegenwart fehlgeleiteten Denkens zu begegnen. Und träte an die Stelle von anonymer Wachstumsberichterstattung das Informieren darüber, dass vielerorts Keime der Hoffnung und des sinnvollen Geldeinsatzes sprießen, hätte das gewiss auch einen Effekt auf unser „Geldbewusstsein“.

Forschungsförderung: An der Schnittstelle von Geld- und Nachhaltigkeitsfragen forschen lassen!

Es muss festgehalten werden, dass es trotz erfreulicher Ausnahmen bis heute kaum eine wirklich systematische Erforschung der Zusammenhänge von Geldordnung und Nachhaltigkeitszielen gibt. Die Schnittmengen zwischen den Forschungs-Communities der „Geld- und Finanzordnung“ hier und der „sozial-ökologischen Nachhaltigkeit“ dort sind nach wie vor gering. Es ist an der Zeit, dass dies sich ändert und die Forschungsförderung der EU sowie von Bund und Ländern entsprechende Forschungsfragen aufwirft und Forschungsprogramme auflegt. Idealerweise sollte derlei Forschungsförderung nicht ausschließlich aus dem Wissenschaftsbereich kommen, sondern auch aus den Fachressorts für Finanzen, Wirtschaft und Umwelt, damit Elfenbeinturm- und Schubladenforschung möglichst vermieden wird. Auch Banken, Verbraucherschützer und Nichtregierungsorganisationen sind aufgefordert, entsprechende Forschungen zu unterstützen oder selbst Forschungskapazitäten an der Schnittstelle von Geld- und Nachhaltigkeitsfragen aufzubauen. Die Politik muss systematisch mit diesen Forderungen konfrontiert werden, nicht nur bei Wahlen. Eine besondere Rolle kommt hier den großen Wissenschaftsorganisationen zu, die ja auch sonst nicht zögern, spezifische Forderungen an die Politik zu richten.

Orte für Diskussionen schaffen: Gelddiskurse fördern!

Der Austausch möglichst vielfältiger gesellschaftlicher Akteure über Fragen der Geld- und Finanzordnung braucht Orte. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um Problembewusstsein zu schaffen und idealerweise sogar Konsense zu stiften. Akteure wie „Finance Watch“, „Foodwatch“, „Germanwatch“ oder der „World Future Council“ können auf diesem Feld sicher noch aktiver werden und zur Allianzbildung beitragen. Aber die Banken und ihre Verbände sollten selbst ein Interesse daran haben, den Austausch mit ihren Kritikern zu intensivieren, um deren Argumente besser zu verstehen und Transparenz über das eigene Handeln herzustellen. Auch Forschungsinstitute, Hochschulen und Akademien von Kirchen und Gewerkschaften können zu Orten des Austausches und der Konsensfindung über Fragen der Geld- und Finanzordnung werden.

Nicht im eigenen Saft schmoren: Paradoxien fruchtbar machen!

Auch die „alternative Geldszene“ ist vor Überraschungen nicht gefeit. Ich will aus den letzten Monaten nur drei nennen:

Die Vollgeldreform, der Versuch, die Geldmengensteuerung wieder verstärkt in die Hand der Notenbanken zu überführen und an die realwirtschaftliche Entwicklung zurückzubinden, wird plötzlich von der „Financial Times“, dem „Zentralorgan“ der Londoner City, als probates Mittel zur Bekämpfung der Finanzkrise beschrieben. Frage: Ist das der Versuch einer taktischen Vereinnahmung, die Verkehrung der Vollgeldidee in ihr Gegenteil oder ein Vorschlag, den es auch aus alternativökonomischer Perspektive ernst zu nehmen und zu diskutieren gilt?

Die Einführung von regionalen Komplementärwährungen, eine Idee, die aus dem Arsenal von Protagonisten der Binnenökonomiekraftigung stammt, wird den europäischen

Krisenökonomien nun von der Deutschen Bank als Kur empfohlen, jener Bank, deren Geschäftsmodell so ganz und gar nicht im regionalökonomischen Denken wurzelt, sondern im Globalisierungsstreben. Griechenland etwa solle, so die Forschungsabteilung der Deutschen Bank, ergänzend zum Euro eine Komplementärwährung mit dem Namen „Geuro“ einführen, um mittels dieser faktisch abgewerteten Parallelwährung seine Binnenkonjunktur anzukurbeln und so durch die Verteuerung von Importen und die Verbilligung von Exporten Schritt für Schritt die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft wiederherzustellen. Auch hier die Frage: Ist das ein Vorschlag, der aus einer Nachhaltigkeitsperspektive sinnvoll ist, oder haben wir es hier mit einer Pervertierung des Ursprungsgedankens zu tun?

Ein letztes Beispiel: Von den Anhängern der Lehren des Zinskritikers und Freiwirtschaftlers Silvio Gesell wird das sogenannte „Schwundgeld“-Konzept vertreten. Damit das Geld schnell umgeschlagen wird und so der Realwirtschaft dient, soll es bei allzu langer „Stilllegung“ Schritt für Schritt entwertet werden. Man muss nur ein wenig Ironie einsetzen, um in der Niedrigzinspolitik der EZB eine Form von Schwundgeldkonzept zu erkennen. Wer sein Geld bei den heutigen Zinssätzen auf Termingeld- oder Sparkonten anlegt, also faktisch nicht mit demselben „arbeitet“, der hat am Ende eines Jahres weniger Geldwert als am Anfang, also Schwundgeld oder Geldschwund. Die Anhänger der Freiwirtschaftslehre werden mich für diese krude Vereinfachung vielleicht schelten, aber als Gedankenspiel ist so etwas ja nicht verboten. Frage: Ist die Niedrig- oder nun gar Negativzinspolitik der EZB ein Stimulus dafür, den Geldumlauf im Fluss zu halten und damit der Realwirtschaft zu dienen, oder ist das, was Mario Draghi derzeit veranstaltet, nichts anderes als ein weiterer ungeeigneter Versuch, die „alte Ordnung“ am Leben zu erhalten? Verkennen möglicherweise Gesell und Draghi gleichermaßen, dass letztlich nur der Staat über Fiskalpolitik (also die Entwicklung der Staatsausgaben) konjunkturelle Impulse setzen kann und die Geldpolitik bestenfalls ergänzend wirken kann, niemals jedoch allein?

Ich will die aufgeworfenen Fragen hier nicht zu beantworten versuchen, aber genau für die Diskussion solcher Fragen sind Orte des regelmäßigen Austausches von zentraler Bedeutung. Man kann es so sehen, dass die Vorschläge aus dem Herzen der kapitalistischen Ordnung, von Financial Times, Deutscher Bank und EZB, nur letzte „Rettungsversuche“ einer brüchigen Ideologie sind. Es kann auch sein, dass wir es hier lediglich mit einer „feindlichen Übernahme“ von alternativökonomischen Begriffen und Ideen zu tun haben. Es ist aber auch möglich, dass alternativökonomisches Denken ganz langsam in den Hauptstrom der Finanzwelt eindringt und dort tastend aufgegriffen wird. Über solcherlei divergierende Einschätzungen muss gesprochen werden.

Selbstgerechtigkeit vermeiden: „We are the 99 per cent“ ist einfach zu schlicht!

Ich bin davon überzeugt, dass globalisierungs- und finanzmarktkritische Initiativen wie „Attac“ oder „Occupy“ für unsere öffentlichen Diskussionen sehr wichtig sind und schon viel erreicht haben. Ich bin auch davon überzeugt, dass deren Vordenker wie Elmar Altvater

(„Grenzen der Globalisierung“) oder David Graeber („Schulden: Die ersten 5000 Jahre“) die notwendigen Auseinandersetzungen enorm bereichert haben und weiter bereichern. Ich melde aber hier starke Zweifel an, ob die „Occupy“-Devise „We are the 99 percent“ wirklich eine geeignete Orientierung für die „Geldwende“ ist. Im Grunde genommen ist der Slogan ja eine populistische Reinwaschung der Mehrheitsgesellschaft: „Wir (die 99 Prozent Anständigen) handeln in Sachen Geld vollkommen korrekt. Das Problem ist nur eines der machtbesessenen und gierigen Eliten, jenes einen Prozentes der Bevölkerung, das jedes Maß verloren hat und nun endlich an die Leine genommen werden muss.“

Man kann diese Haltung nachvollziehen. Wer von uns hätte angesichts von explodierenden Managergehältern und Bankerboni, von apologetischer Rhetorik zur Begründung von Einkommensunterschieden („Risikoprämien“) und stupidester Argumente gegen die angemessene Besteuerung von leistungslosen Kapitaleinkünften, vor allem von sehr hohen, nicht schon einmal ähnlich argumentiert? Und Politik funktioniert nun einmal über Zuspitzung. Nur so lassen sich bestimmte Dinge durchsetzen. Dagegen ist gar nichts zu sagen. Aber wenn unser Problem als Gesellschaft wirklich nur die Gier jenes einen Prozents wäre, das sich auf Kosten der Gesellschaft bereichert, dann wäre die Aufgabe, vor der wir stehen, wohl leicht zu bewältigen. Leider ist es aber so, dass wir alle (oder zumindest die meisten in unserer Gesellschaft) auf vielerlei Weise in die Widersprüchlichkeiten der kapitalistischen Gesellschaft „eingewickelt“ sind: als Produzierende und Konsumierende, Gläubiger und Schuldner, Steuerzahler und Transferempfänger, Geldausgeber und Altersvorsorger, Staatsbürger und Wirtschaftssubjekte. Ich sehe deshalb die Notwendigkeit, über die „Arbeit der Zuspitzung“ hinaus die „Arbeit an Alternativen“ zu intensivieren, um zu einer wirklichen „Geldwende“ zu kommen, die auch gesellschaftspolitisch transformative Kraft entfaltet. Das Ziel sollte es sein, 100 Prozent der Bevölkerung an ihr zu beteiligen. Zugegeben, das ist ein sehr hoher Anspruch. Und so wie die Energiewende nur möglich wurde, weil viele Menschen an unterschiedlichsten Orten über Jahre und Jahrzehnte hinweg Vorarbeiten geleistet haben, so wird es auch nur möglich sein, eine „Geldwende“ zu erreichen, wenn möglichst viele Menschen an entsprechenden Vorarbeiten beteiligt sind. Es geht eben nicht nur um „die Anderen“, es geht auch und vor allem „um uns“.

Univ.-Prof. Dr. Reinhard Loske
Universität Witten/Herdecke
Fakultät für Kulturreflexion/Studium fundamentale
Arbeitsbereich Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik
Alfred-Herrhausen-Str. 50
58448 Witten

Raum E 103

Tel. 02302 926817

reinhard.loske@uni-wh.de

www.loske.de